

# Dresdner Volkszeitung

Postcheckkonto: Dresden  
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Verantwortl. Red.: Staatsb. Dresden,  
Bank der Arbeiter, Anst. Dresden,  
und Beamten, A.-G. Dresden,  
Gebrüder Kumbach, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art ist es durch eine Vorkehrung höherer Gewalt, bei der Verleiher der Dresdner Volkszeitung kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage: 1,20 M. monatlich 3,60 M. jährlich, außerdem Post und Zeitungssteuer monatlich 2,20 M. einschließlich Frangiergeld. Werbung: 1,80 M. monatlich, 5 M. vierteljährlich, 18 M. halbjährlich, 34 M. jährlich. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibleitung: Wetzlarerstr. 10, Bernsdorfer Nr. 25 261. Dresden  
Hände nur wochentags von 12 bis 1 Uhr  
Werkstätten: Wetzlarerstr. 10, Bernsdorfer Nr. 25 261 u. 12 707.  
Werkstätten von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Normalzeile 85 Pf., die 50 mm breite Reklamazeile 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2,50 M., abzüglich Verrechnung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Briefgeschäfte 20 Pf. netto. Für Briefrücksende 10 Pf. Einzelr. 10 Pf.

Nr. 46

Dresden, Mittwoch, den 24. Februar 1932

43. Jahrgang

## Politischer Mob im Reichstag

### Heimkrieger Goebbels beschimpft Kriegsteilnehmer

In der gestrigen Reichstags-Sitzung hat Nazi-Goebbels mit einer Handbewegung gegen die Sozialdemokraten erklärt: Hindenburg werde von der „Partei der Deserteure“ gelobt. Die Folge dieser Dreistigkeit eines Heimkriegers waren langandauernde Sturmjahren. Goebbels wurde von der Sitzung ausgeschlossen. Die weiteren Verhandlungen endeten mit einer schweren moralischen Niederlage der Partei des Deserteur-Refraktärs Hitler. Wir geben folgenden Stimmungsbericht aus dem Reichstag wieder.

#### Der Schlag aufs Maul

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Nach fast halbjähriger Pause tritt die Vollversammlung des Reichstags wieder zusammen. Reichsminister Brüning begründet die Vorlage zur Festsetzung des Tages für die Reichspräsidentenwahl ganz kurz. Am 13. März soll der erste Wahlgang, am 10. April der etwa notwendig werdende zweite Wahlgang sein. Der Minister verzichtet auf jede politische Würdigung. Das außergewöhnlich stark besetzte Haus genießt als ersten Parteiredner den Nationalsozialisten Dr. Goebbels. Von links her begrüßt man ihn mit Zurufen wie „Mit er schon aufenordet?“, „Joseph, der Ruchtwart!“ Es ist nicht zu umgehen: Man muß um das wilde Aufwiegen der Sitzung und die moralische Stämpfung des Goebbels durch zehn Parteen des Reichstags zu begreifen, persönlich werden. Da steht am Rednerpult ein nervöser, ausgemergelter Schwächling, Verküppel. Mit allen Zeichen rasender Winderwertigkeit, ein Männlein, das zu keiner körperlichen Leistung fähig ist. Man muß das sagen, denn dieses Männlein, das auch noch ein hundertprozentiger Kriegsbekämpfender mit den Meisten seiner Kameraden in Stücke schlagen könnte, verliert plötzlich alle Besinnung und freisetzt in den Saal,

daß der Reichspräsident von Hindenburg Kandidat der Deserteure sei, die ihn lobten. Dabei zeigt der zappelnde Hysteriker auf die Fraktion der Sozialdemokratie.

Empört springen die Kriegsteilnehmer und die Kriegsverletten auf. Nicht nur auf der Linken, auch in der Mitte des Hauses sind die Frontkämpfer über die Treue eines Menschen empört, der im Kriege noch die Schulbank drückte und körperlich niemals zum Daseinsdienst fähig gewesen wäre.

Der Präsident, unparteiisch bis zum Äußersten wie stets, will immer wieder dem Goebbels Gehör verschaffen. Vergebens. Jeder Versuch, die Rede fortzusetzen, erstickt in dem lärmenden Einspruch von Hunderten. Endlich verläßt der Präsident seinen Stuhl. Die Sitzung ist unterbrochen, Goebbels geht leichenfahl und zitternd vor Aufregung in die Reihen seiner Freunde zurück. Frid, Kirmans, und einige andere Kriegsdrückelberger reden auf ihn ein. Es ist ihnen anscheinend doch etwas peinlich, daß ausgerechnet dieses Häufchen Unglück von Goebbels sich in die Schutzlinie der Frontkämpfer begeben hat.

Sofort treten ehemalige Frontsoldaten und Kriegsverletzte aus den Parteien der Mitte und der Linken zusammen. Kriegsteilnehmer aus den Fraktionen von den Christlichsozialen bis hinüber zur Sozialdemokratie lassen nach Wiedereröffnung der Sitzung durch den Staatspartei-Lemmer eine Erklärung abgeben. Sie weisen die Beschimpfung der Sozialdemokratie zurück. Jeder von ihnen habe tausende Sozialdemokraten im Felde sterben sehen. Der Großgrundbesitzer und Kriegslieferant A. D. Stubbendorff hält für nötig, bekanntzugeben, daß die Deutsch-nationale Volkspartei sich dieser Erklärung nicht anschließe. Niemand wird daran zweifeln. Wenn es sich um Verleumdung der Nazis und um Schändung der gefallenen Sozialdemokraten handelt, werden Deutsch-nationale und Nationalsozialisten immer in der ersten Front stehen.

Der Ältestenrat hat inzwischen beschlossen, Goebbels für diese Sitzung auszuweisen, weil seine Leistung eine unerhörte Verleumdung des Staatspräsidenten sei. Die Nationalsozialisten sind so betroffen, daß sie im ersten Augenblick nicht einmal brüllen. Gregor Strasser versucht, seinen Goebbels auszuliegen. Nicht die Sozialdemokraten seien gemeint, die bis zuletzt ihre militärische Pflicht getan hätten! Nur diejenigen, die den Zusammenbruch hätten herbeiführen wollen. Wieder stürmischer Protest gegen diesen erfolglosen Anwurf. Sich zu verwundern, ist bei diesem Straker nicht angebracht.

Bekanntlich kommt von ihm das Gebot, daß ein Nationalsozialist nach Bedarf sein Ehrenwort brechen dürfe. Was anderes als politische Unehrenhaftigkeit kann man von einem solchen Menschen gegen einen politischen Gegner nicht verlangen.

Zwischendurch kommt der Kommunist Graf, ein Kriegsbekämpfender, den Nationalsozialisten zu Hilfe. Er läßt die Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten seien dieselben Säuglinge des Kapitalismus.

Die sozialdemokratische Fraktion läßt sich durch diese kommunistische Judasrede nicht beirren. Einer ihrer jungen Kriegsverletten, Dr. Schumacher, einarmig, stellt fest, daß 70 vom Hundert der sozialdemokratischen Abgeordneten aktiv im Kriege gedient hätten. Von den Nationalsozialisten seien nur 77 Kriegsteilnehmer gewesen. Davon die Hälfte als Offiziere. Die ganze nationalsozialistische Bewegung, so ruft Schumacher aus, ist ein Appell an den inneren Schweinehund im Menschen. Er schließt: „Lien Sie, was Sie wollen! In den Grad unserer Verdammung vor Ihnen werden Sie nicht herantreten.“ Dann

nennt Künstler in einer kurzen Geschäftsordnungsrede den Gregor Straker einen Lügner. Der Präsident erteilt ihm pflichtgemäß einen Ordnungsruf. Künstler aber führt den Beweis für die Verlogenheit des Straker. Der Reichstag hat im Ältestenrat behauptet, Künstler sei Vorsitzender des Vereins der Deserteure gewesen. Der verleumdete Sozialdemokrat stellt fest, daß er von 1917 bis zum Ende an der Westfront kämpfte.

Das Haus begleitet diese Erklärungen mit Entrüstungsrufen gegen die Nationalsozialisten. Der Abbruch gegen deren Versuch, das Parlament zu einer Stätte für Banditentum herabzuwürdigen, ist allgemein.

Einer von den Nationalsozialisten sucht durch Pfeifen zu stören. Präsident Lohde fordert den, der sich wie ein Lausjunge betragen hat, auf, seinen Namen zu nennen. Keiner meldet sich. Deserteure sind sie wie immer, wenn sie geradestehen sollen.

Es war ein stürmischer Parlamentstag. Seine Bedeutung liegt nicht in der Abstrafung des Goebbels, der doch nur bestraft für seine Worte haßbar zu machen ist. Die Kampfsitzung, die auflebte, gilt nicht der jammervollen Person des nationalsozialistischen Sprechers. Sie ist der entschlossene eiserne Wille, die Nationalsozialisten aufs Maul zu schlagen, wo sie es verdienen. Jeder Versuch, dies Gesindel ergeben zu lassen, muß scheitern. Was heute im Reichstag geschah, soll dem Volk zeigen: Die Eiserne Front läßt sich nichts gefallen. Weder im Parlament noch draußen in Stadt und Dorf. In die Schandhäuser mit den ehrlösen Vergütern unseres Volkstums! Goebbels und Kirmans sind politischer Mob. Unsere Reichstagsfraktion hat dies dem Volk zum Bewußtsein gebracht. Das ist der bleibende Gewinn dieses bewegten Tages.

(Reichstagsbericht 2. Seite)

## Eine deutsche Schande

Wie unser Berliner Bericht und auch ein Blick in die bürgerliche Presse zeigen, wurde die gestrige Reichstags-Sitzung für die Nazi-Partei zu einer schmerzlichen Niederlage. Denn es ist eine bekannte Tatsache, daß die Sozialdemokratie die Liebheftigste Parole: „Weg mit den Waffen“, für ein Land allein entworfen abgelehnt hat.

Wir möchten dazu nur noch eins sagen: Es hat während des Krieges in allen Ländern Abertausende gegeben, die es ablehnten, auf die Menschheit zu schießen. Es hat Abertausende aus allen politischen Lagern gegeben, die draußen dem Massenmorden, angeleitet bis in die Seele, den Rücken kehrten. Unter ihnen waren viele sehr tapfere Menschen, und keinem Sozialdemokraten fällt es ein, einen Kriegsverweigerer zu beschimpfen oder zu verdammen.

Aber eine Schande ist es, wenn Leute einer Fraktion, an deren Spitze der Heimkrieger Frid steht,

anderen unzureichende nationale Pflichterfüllung vorwerfen;

eine Schande ist es, wenn eine Partei, an deren Spitze der österreichische Deserteur Hitler steht, andere als „Partei der Deserteure“ beschimpfen möchte;

eine Schande ist es, wenn eine Partei, in deren führenden Stelle verschiedene Landesverräter und ehemalige Separatisten sitzen, eine andere des Landesverrats bezichtigt;

eine Schande ist es, wenn eine Partei, die, wie die NSDAP, von Rüstungsgewaltigen des französischen „Erbfeindes“ Schmiergelder angenommen hat, überhaupt in Angelegenheiten der Moral mitredet.

Das ist eine deutsche Schande, und Sache des republikanischen, demokratischen, sozialistischen Deutschlands wird es sein, diese Schande auszumergen!

## Tardieu stellt sich vor

P. Paris, 23. Februar. (Eig. Draht.)

Die Regierung Tardieu stellte sich am Dienstag nachmittag dem Parlament vor. In der Kammer verlas der Ministerpräsident die Regierungserklärung. Als er die Tribüne bestieg, wurde er von der Rechten und der Mitte mit lautem Beifall, von der Linken mit Protestrufen empfangen.

Das Regierungsprogramm ist in sehr bogen Ausdrücken abgefaßt. In Bezug auf die Außenpolitik erklärt sich die Regierung Tardieu mit der Politik des Kabinetts Laval solidarisch. (Beifall rechts.) Was die Regelung der Reparationszahlungen anbetrifft, so lasse sich die französische Delegation, wie es in der Erklärung heißt, in dem Geiste „Vertrag“ zusammenfassen, der freiwillige Verhandlungen ausschließt. (Beifall rechts.) Auf dem Gebiet der Abrüstung verteidigt die Regierung den in Genf eingebrachten französischen Vorschlag, „der bisher der einzige sei, der den Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission Form und sofort durchführbar sei“. Die Annahme des französischen Vorschlags würde ohne Aufschub eine bedeutende

Herabsetzung der Militärausgaben möglich machen. Die Erklärung geht dann auf die kürzlich zwischen London und Paris abgeschlossene

#### Vereinbarung über die Lausanne Konferenz

ein, „über die sich ganz Frankreich gestreut hat“. Frankreich wünsche, so heißt es weiter, eine allgemeine Verständigung mit England. Da beide Länder den Frieden auf der Grundlage des Rechtes wünschen, stellen sie, wenn sie einzig seien, die beste Bürgschaft für den Frieden und das Recht dar. (Beifall rechts.) Frankreich werde weiterhin vermittle seiner traditionellen Freundschaft und seiner vertraulichen Beziehungen mit europäischen und außereuropäischen Ländern der Sache des Friedens dienen.

Auf die Innenpolitik übergehend, erklärte Tardieu, das Budget müsse vor den Wahlen verabschiedet werden. Die Festsetzung des Wahlgesetzes sei in den gesetzlich vorgeschriebenen Grenzen ein Vorrecht der Regierung. Dieses Vorrecht werde voll Unparteilichkeit und mit der Sorge, den öffentlichen Interessen zu